

Kein Vergeben! Kein Vergessen! Erinnern – Gedenken – Kämpfen!



Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun,
Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüzü, Gökhan Gültekin

Respekt und Solidarität!

Seit Jahren gelingt es den Familien der Opfer des faschistischen Attentats in Hanau das Gedenken an ihre ermordeten Angehörigen politisch zu gestalten. Bundesweite Bündnisse wurden geschmiedet. Gemeinsam mit Familien, Angehörigen der ermordeten Migrant:innen des NSU-Komplexes, mit Betroffenen der Mordanschläge in Halle, vielen weiteren Angehörigen- und Betroffenen-Initiativen und der antifaschistischen und antirassistischen revolutionären Bewegung.

Respekt: Es ist bemerkenswert, wie viel Kraft von diesem politischen Gedenken ausgeht.

Solidarität: Es ist genauso bemerkenswert, wie viele junge Menschen sich dadurch antirassistisch politisiert haben.

Deutsche Realität: Mörderischer Rassismus

Die blutige Spur rassistischer, faschistischer Gewalt gegen Migrant:innen, gegen als „nicht deutsch“ markierte Menschen zieht sich weiter durch die bundesrepublikanische Gesellschaft. Überfälle und Morde von Nazis an Menschen, die nicht der „deutschen Norm“ entsprechen, sind weiterhin an der Tagesordnung. Täter:innen sind aber auch Repräsentanten der Staatsmacht, Polizei und Justiz. Tötung durch polizeilichen Waffeneinsatz häufen sich immer mehr. Die Zahlen schnellen nach oben. Todesschüsse durch die Polizei werden nicht aufgeklärt sondern vertuscht. Nazi-Täter:innen werden kaum verfolgt. Die Justiz versteckt sich hinter Paragraphen und lässt die Mörder frei herumlaufen.

No justice – no peace

Der Tod des **15-jährigen Nelson** Anfang August 2025 in der Jugendhaftanstalt Ottweiler (Saarland) ist kein tragischer Einzelfall. Untersuchung und kritische Auseinandersetzung mit Justiz und Polizei –

Fehlanzeige! In der Nacht zum **20. April 2025** wurde der afrodeutsche **21 jährige Lorenz A.** von einem Polizisten in Oldenburg erschossen. Auch kein Einzelfall!

Erinnern wir: Vor 30 Jahren rassistischer Brandanschlag Lübeck

In diesem Jahr jährte sich am 18. Januar zum 30. Mal der faschistische Brandanschlag von 1996 auf die Geflüchtetenunterkunft in der Hafenstraße in Lübeck. Sieben Kinder und drei Erwachsene wurden ermordet. 38 weitere Menschen wurden verletzt. Safwan E., einer der Betroffenen, wurde unter Verdacht gestellt und als angeblicher Täter angeklagt.

Gegen die wahren Täter, die bekannt waren, wurde nie wirklich vorgegangen. Der Staat hat alles versucht die Betroffenen und Opfer zu Täter:innen zu machen.

Wir erinnern und gedenken: Die Spur des faschistisch-rassistischen Terrors in Deutschland hat eine lange Geschichte.

Deutschland – du Einzelfall!

Angriffe auf die von Rassist:innen als nicht-Deutsch gesehene Menschen sind die Normalität in diesem System. Offen rassistische, faschistische Gefährder sind in diesem System höchstens „verwirrte Einzeltäter:innen“. Die von ihnen bedrohten Migrant:innen sind in den Augen dieses Systems die „wirklichen Gefährder“. Sie werden verdächtigt, verfolgt, schikaniert, verhaftet und ja, auch ermordet. Wenn die Faschisten migrantische Menschen in diesem Land ermorden, werden die Mörder erstmal nur in der Umgebung der Opfer gesucht! Das haben wir bei den NSU-Morden erlebt. Polizei und Justiz, die angeblich für Sicherheit und Gerechtigkeit für alle da sein sollen, sind wenn es um Migrant:innen geht, nicht da, oder aber dazu da, die Zusammenarbeit der staatlichen Institutionen mit den faschistischen Mördern zu vertuschen.

Vereinnahmung von antirassistischem Widerstand

Bei vielen antirassistischen Aktionen tauchen auch öfters bürgerliche Politiker:innen auf, und geben sich als Antirassisten auf. Das ist nichts als Heuchelei. Migrant:innen feindliche rassistische Politik ist ihre **Staatspolitik**. Der Staat versucht zunehmend als Sponsor verschiedener zivilgesellschaftlicher antirassistischer Initiativen aufzutreten und so diese in Staatsbahnen zu lenken. Das ist ihm bereits teilweise gelungen. Viele Angehörige und Initiativen wehren sich dagegen. **Kein Vertrauen** in diesen Staat, denn **dieser Staat ist verantwortlich für rassistische Morde**.

Kein Vergeben – kein Vergessen!

In Hanau und in vielen anderen Städten werden Antifaschist:innen, Kommunist:innen und Revolutionär:innen auf die Straße gehen und zeigen, dass wir nie vergessen und vergeben werden und unsere Solidarität mit den Angehörigen und Überlebenden demonstrieren.

Wir bekunden laut unsere Solidarität mit allen Opfern von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Islamfeindlichkeit. Wir gedenken gemeinsam der Opfer von Mölln, Rostock-Lichtenhagen, Dessau, Hanau, Halle, Köln, Duisburg, München, Dortmund, Celle, Kleve und vielen vielen mehr.

Wir stehen Schulter an Schulter gegen Faschismus. Wir kämpfen gemeinsam für eine bessere Welt.

Gegen jeglichen Rassismus, Antisemitismus, Antimuslimische Hetze und Antiziganismus!

Wir schmeißen den Kapitalismus auf die Müllkippe der Geschichte und bauen eine Neue Welt auf – frei von Ausbeutung von Mensch und Natur! Eine Welt frei von Rassismus und Patriarchat. Eine Welt ohne Grenzen. Dazu brauchen wir aber eine starke Kommunistische Partei, die dem kapitalistischen System eine Kampfansage macht. Organisiert Euch mit uns! Beim Aufbau einer Kommunistischen Partei in Deutschland.

Tragen wir am 19. Februar unser Gedenken und Erinnern, unsere Empörung und Wut, unsere Solidarität und unsere Forderungen, unseren Kampf für eine andere befreite, sozialistische Gesellschaft auf die Straßen!

Februar 2026

TROTZ ALLEDAM!

Kommunistische Zeitschrift

trotzalledam@protonmail.com | trotzalledam.org

V.i.S.d.P.: D. Demirel, Blumenstraße 18a, 96450 Coburg